

Änderungsvorschläge zum Wahlprogramm nach

Antragsschluss sowie geänderte Voten der AK

Stand: 23.5.2016

Nr.	Änderungsantrag (bezogen auf die WP-Fassung vom 09.05.)	Empfehlung der Antragskommission
228.	<p>AfA Seite 3, Zeile 1:</p> <p><i>Streiche:</i> In den vergangenen 15 Jahren hat sich Berlin hervorragend entwickelt.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Die vergangenen 15 Jahre haben erst die Grundlage geschaffen, dass Berlin sich so hervorragend entwickelt hat.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
229.	<p>AfA Seite 7, Zeile 26 <i>Füge ein:</i> Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für die Erhöhung des Mindestlohnes ein.</p>	<p>Ablehnung (K)</p> <p>Begründung: <i>Zur Anpassung des Mindestlohns hat die Bundesregierung eine ständige Mindestlohnkommission eingerichtet. Erstmals hat die Kommission bis zum 30. Juni 2016 über die Anpassung des Mindestlohns zu beschließen.</i></p>
230.	<p>KDV Pankow Seite 11, Zeile 3: „Strom- und Gasnetze und der Fernwärme“ werden gestrichen und stattdessen „Energienetze“ eingefügt. „streben wir an“ wird gestrichen und stattdessen „wollen wir“ eingefügt.</p> <p>Analog dazu:</p> <p>Seite 47, Zeile 27 „strebt ... an“ wird ersetzt durch „will“ und "des Berliner Gasnetzes sowie Stromnetzes" wird ersetzt durch „der Berliner Energienetze“.</p> <p>Zeile 30 <i>Füge ein:</i> Die Beschäftigten der Netze und der Netzservicegesellschaften erhalten eine Beschäftigungsgarantie</p>	<p>Ablehnung (K) der Ersetzung „Strom- und Gasnetze und der Fernwärme“ durch „Energienetze“</p> <p>Annahme (K) der Ersetzung „streben wir an“ durch „wollen wir“</p> <p><i>analog Voten oben</i></p> <p>erledigt (K) <i>Anmerkung: Auf Seite 47, Zeile 25 steht bereits: Dabei wollen wir auch den Beschäftigten sichere Arbeitsplätze, Einkommen und Arbeitsbedingungen gewährleisten.</i></p>

**Änderungsvorschläge zum Wahlprogramm nach
Antragsschluss sowie geänderte Voten der AK**

Stand: 23.5.2016

Nr.	Änderungsantrag (bezogen auf die WP-Fassung vom 09.05.)	Empfehlung der Antragskommission
231.	<p>AfA Seite 18</p> <p><i>Streiche:</i> Zeile 24 (Diese Ungerechtigkeit wird es mit der SPD nicht mehr länger geben.)</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir setzen uns konsequent für die gleiche Bedingungen in Ost und West ein und werden Ungleichbehandlung bekämpfen und für Verbesserungen eintreten.</p>	Ablehnung (K)
232.	<p>Jusos Seite 21, Zeile 27</p> <p><i>Füge ein:</i> Sollte sich die Ausbildungsquote bundesweit nicht verbessern, werden wir eine landeseigene Berliner Regelung prüfen, um nichtausbildende Betriebe an den Gesamtaufwendungen zur Ausbildung zu beteiligen.</p>	Ablehnung (D)
233.	<p>AfA Seite 46</p> <p><i>Streiche:</i> Zeilen 1 bis 4 Streichung des Absatzes Parkraumbewirtschaftung</p>	Ablehnung (K)

<p>234.</p>	<p>Abteilung Bötzowviertel <i>Streiche:</i> Seite 47 Zeile 23 bis Seite 48 Zeile 11</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Die Berliner Energiewende braucht Investitionen und den neuen Anforderungen angepasste Strukturen. Berlin kann es sich nicht mehr leisten, dass privatisierte Monopolgewinne aus der Stadt abfließen. Die Berliner SPD will die vollständige Rekommunalisierung der Energienetze. Die Rekommunalisierung des Wassers hat sich bereits jetzt gelohnt. Die Wasserpreise wurden gesenkt und die Investitionen erhöht. Fehler wie bei der Teilprivatisierung des Wassers („Beutegemeinschaft“, „Geheimverträge“) dürfen sich nicht wiederholen. Das liegt auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Vattenfall und Gasag.</p> <p>Überhöhte Netzentgelte und zu hohe Preise in der Grundversorgung müssen unterbunden werden. Den Bestrebungen der Ausbildung eines privaten Wärmemonopols muss entschieden entgegen getreten werden. Die Investitionszusagen in der Klimaschutzvereinbarung müssen von Vattenfall eingehalten werden.</p> <p>E.on, Vattenfall und Engie muss deutlich gemacht werden, dass Berlin nicht bereit ist, für das zu späte Umsteuern, die Atom-Rückbaukosten oder fehlgeschlagene Auslandsinvestitionen der privaten Konzerne zu bezahlen, indem diese Monopolgewinne aus der Energieversorgung der Hauptstadt erwirtschaften können.</p> <p>Die Berliner SPD will ein 100 % landeseigenes Stadtwerk mit Energienetzen und einem integrierten Netzbetrieb. Die Vorteile, die ein spartenübergreifender Netzbetrieb (Gas, Wasser, Strom, Wärme) hat, sollen systematisch erschlossen werden und den Berlinerinnen und Berlinern zu Gute kommen.</p> <p>Die Beschäftigten der Netze und der Netzservicegesellschaften erhalten eine Beschäftigungs-garantie. In einem Beschäftigungspakt mit den Beschäftigten von</p>	<p><i>erledigt (K)</i> durch Antrag Nr. 230 und 235 KDV Pankow</p>
--------------------	--	--

Nr.	Änderungsantrag (bezogen auf die WP-Fassung vom 09.05.)	Empfehlung der Antragskommission
	<p>Vattenfall und Gasag soll festgelegt werden, wie im Zuge der Rekommunalisierung der Energienetze auch die Wettbewerbsbereiche Handel und Vertrieb rekommunalisiert werden können.</p> <p>Der Ausstieg Berlins aus der Braunkohle bis 2020 darf sich nicht verzögern. Der Braunkohleausstieg Brandenburgs soll in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Bundesländern geregelt werden. Hier einen Konflikt zwischen Berlin und Brandenburg anzuheizen, ist nicht zielführend.</p>	
235.	<p>KDV Pankow Seite 48 <i>Streiche:</i> Zeilen 3 bis 6</p> <p><i>(Notwendige Zwischenschritte sollen den Weg zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Netze öffnen und nicht verschließen. Darüber hinaus muss sorgfältig geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes sinnvoll sein könnte.)</i></p>	<p>Annahme (K) <i>Streichung Zeilen 3 bis 4</i> <i>(Notwendige Zwischenschritte sollen den Weg zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Netze öffnen und nicht verschließen.)</i></p> <p>Ablehnung (K) <i>Streichung Zeilen 5 bis 6</i> <i>(Darüber hinaus muss sorgfältig geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes sinnvoll sein könnte.)</i></p>
236.	<p>AfA Seite 48, Zeile 3 <i>Streiche:</i> „Netze“</p>	<p>erledigt (K) durch Annahme der Streichung Zeilen 3 bis 4 Antrag Nr. 235</p>
237.	<p>AfA Seite 49, Zeile 9 <i>Füge ein nach</i> „der Leistung und Qualität sichert“: und ausbaut.</p>	<p>Annahme (K)</p>
238.	<p>AfA Seite 58, Zeile 1 Wir werden für alle Jugendlichen das 11. Schuljahr verbindlich im Rahmen der Schulpflicht zur Berufsqualifikation einführen.</p> <p><i>Kommentar:</i> Heißt das, dass es für Alle ein 11. Schuljahr gibt, unabhängig von einem möglichen Ausbildungsvertrag? – Das wird von der AfA abgelehnt. Die Berufsorientierung gehört in die Schulzeit. Nur wenn ein Ausbildungsverhältnis nicht erreicht wird könnte sich ein Schuljahr anschließen.</p>	<p>Neufassung (K) des Satzes: Wir werden für alle Jugendlichen, die weder einen Ausbildungsplatz haben, noch eine Oberstufe besuchen, das 11. Schuljahr verbindlich im Rahmen der Schulpflicht zur Berufsqualifikation einführen.</p>

Nr.	Änderungsantrag (bezogen auf die WP-Fassung vom 09.05.)	Empfehlung der Antragskommission
239.	<p>Jusos Seite 80, <i>Streiche:</i> Zeile 19-22</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Als politisches Zentrum Deutschlands und weltoffene, liberale Hauptstadt hat Berlin eine besondere Funktion und Verantwortung für eine lebendige Demokratie. Die Garantie der Versammlungsfreiheit ist Bedingung unserer Demokratie und gehört zu unserer Stadt. Wir werden ein Berliner Versammlungsgesetz erlassen, das als deutschlandweites Vorbild für ein demokratieförderndes und grundrechtbezogenes Versammlungsrecht dienen kann. Wir stellen</p> <p>Versammlungsteilnehmer*innen nicht unter Generalverdacht. Unser Gesetz soll unverhältnismäßige Hürden zur Teilnahme an Versammlungen und Repressionen abbauen, beispielsweise durch eine restriktive Handhabung beim Abfilmen von Versammlungen und einem Verbot von Übersichtsaufnahmen, der Speicherung von Daten der Versammlungsmelder*innen und Unterbringungsgewahrsamen.</p>	<p>Ablehnung der Streichung (K)</p> <p>Annahme der Einfügung in geänderter Fassung: (K) Wir werden ein Berliner Versammlungsgesetz erlassen, das als deutschlandweites Vorbild für ein demokratieförderndes und grundrechtbezogenes Versammlungsrecht dienen kann.</p>
240.	<p>Seite 98, Zeile 11 <i>Füge ein:</i> Wir werden uns dafür einsetzen, die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für Sportmaßnahmen gemeinsam mit den Veranstaltern sicher zu stellen. Gleichzeitig unterstützen wir die Vereine, indem wir wirkungslose Maßnahmen und Auflagen wie die „Datei Sportgewalt“ wieder abschaffen.</p>	<p>Neufassung auf Seite 80, Zeile 22 Wir werden zudem eine Initiative zur Abschaffung der Datei „Gewalttäter Sport“ in Berlin ergreifen.</p>
241.	<p>redaktionell: Streichung der Passage auf Seite 22 Zeilen 1 bis 3 zur Ausbildungsplatzumlage wegen Dopplung zur Aussage auf Seite 21, Zeile 26 bis 27.</p>	

GEÄNDERTE VOTEN DER ANTRAGSKOMMISSION

Nr.	Änderungsantrag	Neues Votum der Antragskommission
18.	<p>KDV Mitte Seite 22 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 5 <i>Füge ein:</i> Wir setzen uns weiterhin gegen Lohndumping im öffentlichen Dienst ein. Eine Umwandlung von hauptamtlichen Arbeitsplätzen in Teilzeit- oder Studentische Beschäftigung zum Ziel des Lohndumpings werden wir bekämpfen.</p>	<p>Neufassung (K): Wenn Mitarbeiter aus ihren regulären Beschäftigungsverhältnissen ausschieden, sollte ihre Stellen nachbesetzt werden.</p>
42.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 38 (Fassung vom 08.02.) <i>Streiche:</i> Zeile 5 – 11 (<i>Passage zum Messestandort</i>) <i>Füge stattdessen ein:</i> Dazu unterstützt das Land Berlin die Messe Berlin beim kurzfristigen Bau eines weiteren Kongresszentrums in der Nähe des erfolgreichen City Cube. Nur so kann die steigende Nachfrage nach Kongressflächen in Berlin gedeckt und Berlin konkurrenzfähig bleiben. Das ICC soll mittelfristig weitgehend zurückgebaut und der Standort neu entwickelt werden, um weitere langfristige und riskante Sanierungsobjekte zu vermeiden.</p>	<p>Neufassung Steuerungsgruppe Wahlprogramm auf Seite 32, Zeile 21-28 (Fassung vom 09.05.): Messestandort Berlin Messen und Kongresse sind ein wichtiger Faktor für die Berliner Wirtschaft und für den Berlin-Tourismus. Angesichts der steigenden Nachfrage müssen die Kongresskapazitäten bedarfsgerecht angepasst und ausgebaut werden. Neben der Schaffung von zusätzlichen Ausstellungsflächen für die Messe und dem Ausbau der bestehenden Hallen rings um den Funkturm im Innenbereich des Messegeländes wird das ICC für Kongressnutzungen nach Sanierung weiterhin ein wichtiger Baustein der weiteren Messe- und Kongressentwicklung Berlins sein. Der dafür vom Abgeordnetenhaus vorgesehene finanzielle Rahmen deckelt den Einsatz öffentlicher Gelder für die Sanierung. Sollte eine Sanierung zu diesen Konditionen sowie durch Einbindung Dritter nicht möglich sein, müssen angesichts der steigenden Nachfrage nach Kongressflächen weitere Alternativen geprüft werden.</p>

Nr.	Änderungsantrag	Neues Votum der Antragskommission
145.	KDV Mitte Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Die Berliner Sozialdemokraten werden nach der Wahl einen Antrag im Parlament einbringen, Paul von Hindenburg aus der Berliner Ehrenbürgerliste zu streichen.	Neufassung (K) auf Seite 72, Zeile 3 nach (<i>„Wir setzen uns dafür ein, die Erinnerungskultur durch Projekte zu erweitern, die die Migrationsgeschichte der Stadt thematisieren, sich mit der deutschen Kolonialherrschaft auseinandersetzen und die internationale Bezüge der Berliner Geschichte hervorheben.“</i>): In diesem Kontext werden wir die Ehrenbürgerliste Berlins und Teile der Straßenbenennungen kritisch prüfen.
146.	KDV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Dazu gehört auch, dass wir uns für die Errichtung eines Gedenk- und Lernortes‘ Tempelhofer Feld‘ mit Schwerpunkt auf die NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Sachstandsberichts des Runden Tisches ‚Historische Markierung auf dem Tempelhofer Feld‘ einsetzen.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Neues Votum der Antragskommission
157.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 82 Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Die Aufnahme der Geflüchteten in den letzten Monaten wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler tausend HelferInnen aus unserer Stadt nicht möglich gewesen. Sie leisten einen unersetzlichen Beitrag, um die Geflüchteten willkommen zu heißen und zu versorgen. Wir werden die Erfahrungen der ehrenamtlichen Initiativen nutzen und deren Langfristigkeit zu sichern, damit die Unterstützung weg von Nothilfe hin zur nachhaltigen Integration geht. Hierzu gehören hauptamtliche Unterstützung der Ehrenamtlichen und Raumangebote für Initiativen. Die SPD Berlin wird die Einrichtung einer zentralen Kleiderkammer analog des Hamburger Modells prüfen, um Platzangebot für Großspenden und Unterstellmöglichkeiten für zum Beispiel saisonal bedingt nicht benötigte Spenden anbieten zu können. Zudem werden wir ein Weiterbildungsangebot zu interkulturellen Kompetenzen und Angebote einer Supervision für Ehrenamtliche schaffen</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung (D): Die Aufnahme der Geflüchteten in den letzten Monaten wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler tausend HelferInnen aus unserer Stadt nicht möglich gewesen.</p>
176.	<p>Jusos Seite 85 Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Auf Übersichtsaufnahmen wird zukünftig verzichtet.</p>	<p><i>Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.</i></p>
201.	<p>Jusos Seite 94, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Diskriminierung im Stadtbild ist für uns nicht hinnehmbar. Wir verfolgen eine konsequent antirassistische, antidiskriminierende und antikoloniale Neu- und Umbenennungspolitik von Straßen, unter Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohnern.</p>	<p><i>erledigt durch Neufassung Antrag Nr. 145</i> (K)</p>